

Datum: 02.12.15  
 Telefon: 0 233-30785  
 Telefax: 0 233-20827

il 09.12.15

R	VR	EA	WA	Resp.	Kopie	S
RL-SI	Referat für Gesundheit und Umwelt Bayernstr. 28a - Postleitzentrale					RDA
dIKA	03. Dez. 2015					GS
B						GVO
SFM	Az:					UW
Vermerke:						

**Personal- und  
Organisationsreferat**  
 Organisation  
 POR-P 3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage für den Gesundheitsausschuss am 21.01.2016,  
 Meldepflichtige Infektionskrankheiten im Asylbereich - Aufgabenmehrung (Sitzungsvorlage Nr.  
 N. N.)

### An das Referat für Gesundheit und Umwelt, RGU-CS

Der Entwurf der o. g. Beschlussvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat am  
 12.11.2015 übermittelt.

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt **vorbehaltlich der Sicherstellung der  
 Finanzierung** der künftig in diesem Zusammenhang geltend gemachten Stellenkapazitäten  
 der Beschlussvorlage zu.

Bei dem Infektionsschutz handelt es sich um eine Pflichtaufgabe.

Die zusätzlichen Stellenbedarfe sind übersichtlich dargestellt und aufgrund der heutigen und  
 der prognostizierten Fallzahlen nachvollziehbar. Die Entwicklung der Fallzahlen ist aber nicht  
 exakt prognostizierbar, da diese wesentlich von den Flüchtlingszahlen bestimmt wird. Die zu-  
 sätzlichen Stellenkapazitäten sind deshalb zunächst auf drei Jahre ab Stellenbesetzung zu be-  
 fristen, um ggf. an ein verändertes Fallzahlenaufkommen angepasst werden zu können.

In der Abteilung Infektionsschutz des Referats für Gesundheit und Umwelt erfolgen auf Grund-  
 lage des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) alle Ermittlungen und Maßnahmen zur Überwa-  
 chung, Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Erkrankungen im Stadtgebiet München. Mit  
 der Zunahme der Flüchtlingszahlen ist auch eine Aufgabenmehrung in diesem Bereich ver-  
 bunden.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt fordert in der o. g. Beschlussvorlage 1,5 VZÄ für Ärz-  
 te/Ärztinnen (in EGr. 15 TVöD), 1,0 VZÄ für eine Verwaltungskraft (in EGr. 6 TVöD) und 2,0  
 VZÄ für Hygienekontrolleure/innen (in EGr. 5 TVöD). Da der Stellenbedarf von der Entwick-  
 lung der Asylzahlen abhängt, wird der Bedarf zunächst auf drei Jahre befristet mit der Option  
 auf Verlängerung beantragt.

Das Referat für Gesundheit und Umwelt hat den genannten Ressourcenbedarf mittels einer  
 qualifizierten Schätzung der erforderlichen Arbeitsstunden und der Fallzahlen für die einzelnen  
 Berufsgruppen dargestellt.

Für die in der Beschlussvorlage genannten Stellenwerte existieren im Bereich des Referats für  
 Gesundheit und Umwelt bereits Analogbewertungen, so dass die hier im Beschluss verwendete  
 JMB ein realistisches und belastbares Zahlenmaterial darstellen.

Die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf den Stellen im Verwaltungsbe-  
 reich kann unbefristet erfolgen.

Eine unbefristete Beschäftigung von MitarbeiterInnen und Mitarbeitern auf den Stellen für Ärzte/Ärztinnen und Hygienekontrolleure/Innen ist möglich, sofern das Referat für Gesundheit und Umwelt eine Anschlussbeschäftigung zusichert.

Das Personal- und Organisationsreferat bittet darum die Befristung auf drei Jahre in die Antragsziffer Nr. 6 aufzunehmen.

Ferner bitten wir den Vortrag wie folgt zu ergänzen:

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss.

Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei, das Direktorium und das Referat für Gesundheit und Umwelt, RGU-S-COP erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.